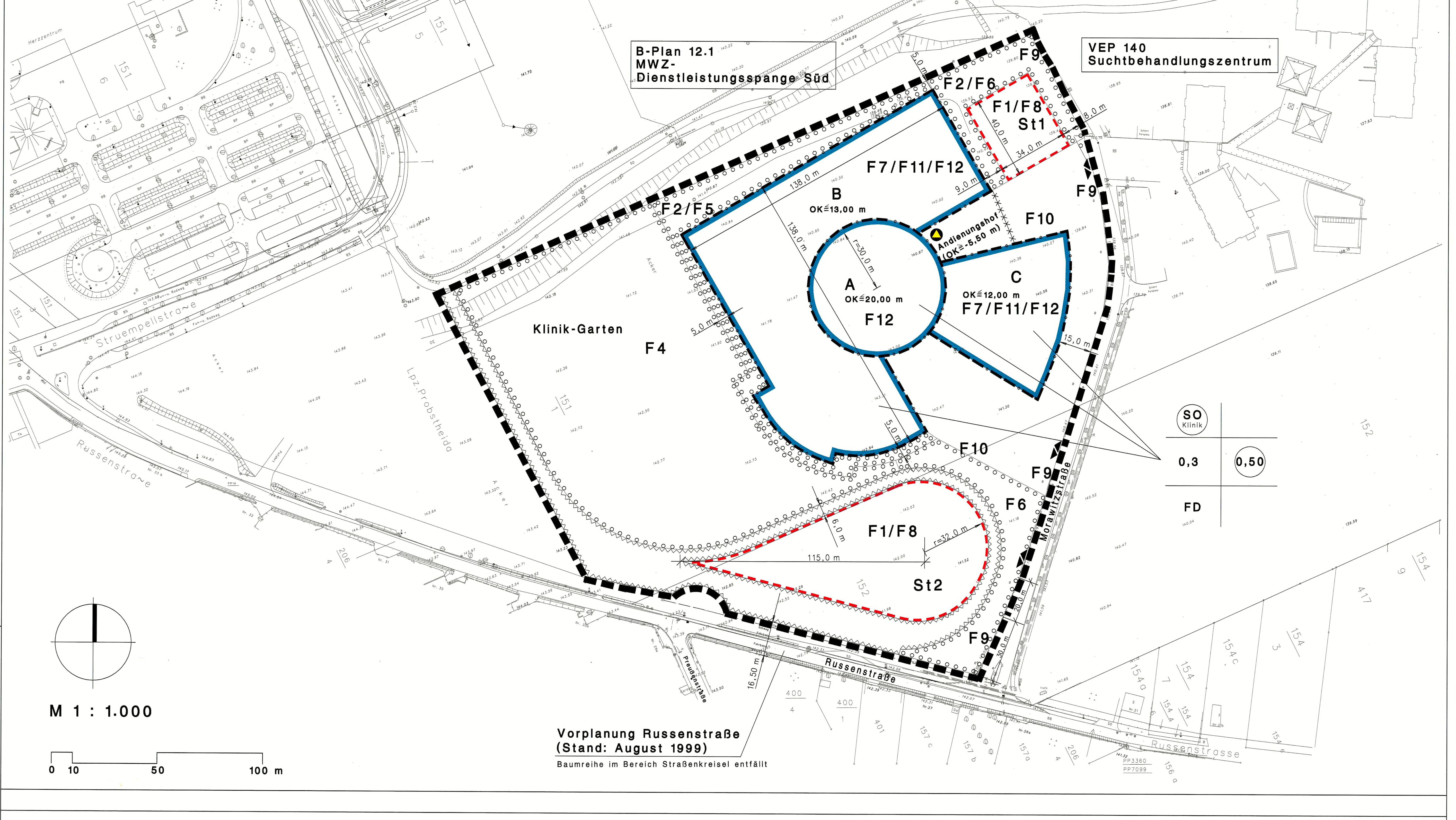
B-Plan 12.3

MWZ Leipzig - Psychiatrische Klinik

PLANZEICHNUNG (TEIL A)



ZEICHENERKLÄRUNG

FESTSETZUNGEN DURCH PLANZEICHEN

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs.1 Nr. 1 BauGB)

SO Klinik — Sondergebiet Klinik (§ 11 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

0,35 — Grundflächenzahl (§ 19 Abs. 1 BauNVO)

0,50 — Geschoßflächenzahl–als Höchstmaß (§ 20 BauNVO)

Höhe der baulichen Anlagen (§ 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO)

OK≤ 20,00 m — Oberkante (§ 16 Abs.5 BauNVO) z.B. 20,00 m – als Höchstmaß

3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO)

Dachform (§ 83 Abs. 1 Sächs.BO)

FD — Flachdach

4. Flächen für Versorgungsanlagen, Beseitigung von Abwasser und Abfall (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 und 14 BauGB)

Abfall

5. Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

6. Sonstige Planzeichen

Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

St — hier: Stellplätze

Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind (künftige Straßenbahntrasse) (§ 9 (1) 10 BauGB)

Abgrenzung von Flächen mit unterschiedlichen Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzungen (§ 16 Abs. 5 BauNVO) hier: Höhenfestsetzung

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

6,0 m — Vermaßung

Ein- und Ausfahrten

F1 — gemäß textl. Pflanzfestsetzungen

Füllschema der Nutzungsschablone

Art der baulichen Nutzung	
Grundflächenzahl (GRZ)	Geschoßflächenzahl (GFZ)
Dachform	

Bestandsangaben

Gebäude

Flurstücksgrenzen laut Kataster mit Flurstücksnummern

Böschungen

Geländehöhe

Bäume

Y:\99\99051\04\CAD\NR5\B-PLAN1.PIC

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN (TEIL B)

I. Planungsrechtliche Festsetzungen

1. **Art der baulichen Nutzung [§ 9 (1) 1 BauGB i. V. m. § 11 BauNVO]**
Das Baugebiet wird nach § 9 des Baugesetzbuches (BauGB) – in Verbindung mit § 11 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) – als "Sondergebiet Klinik" festgesetzt. Zulässig sind Neubau einer Psychiatrischen Klinik mit integrierter Klinikschule, Werkstätten, und Neubau einer Sporthalle und Schwimmhalle für den Klinikbereich.

2. **Maß der baulichen Nutzung [§ 9 (1) 1 BauGB i. V. m. §§ 16, 17, 18, 19, 20 BauNVO]**

2.1 **Festgesetzt werden Grundflächenzahl (GRZ) und Geschossflächenzahl (GFZ). [§ 9 (1) 1 BauGB i. V. m. §§ 16,19 und 20 BauNVO]**

GRZ = 0,30 (als Höchstgrenze)
GFZ = 0,50 (als Höchstmaß)
Die gemäß § 19 (4) BauNVO zulässige Ausnahme, wonach eine Überschreitung der GRZ um 50 Prozent zulässig ist, ist Bestandteil des Bebauungsplans.

2.2 **Höhe baulicher Anlagen [§ 9 (2) BauGB i. V. m. § 18 BauNVO]**

Die Höhe der baulichen Anlagen wird durch eine maximale Oberkante (OK) festgesetzt.
Als Bezugspunkt Null (± 0,00) wird festgesetzt: Oberkante (OK) Erdgeschoss Fußboden des Eingangsbereichs der Psychiatrischen Klinik mit 141 m ü. NN. Die zulässigen Höhen der Bereiche A, B, C werden wie folgt festgesetzt:

A–Bereich:	Eingangshalle mit Glasdachkonstruktion: OK ≤ + 20,00 m über ± 0.00 = 141 m ü. NN
B–Bereich:	Wandhöhe Bettenhäuser/Behandlungstrakte OK ≤ + 13,00 m über ± 0.00 = 141 m ü. NN
C–Bereich:	Wandhöhe Turn– und Gymnastikhalle OK ≤ + 12,00 m über ± 0.00 = 141 m ü. NN
Anlieferbereich:	Freiflächen/Zufahrt: OK ≤ + 0,00 m über ± 0.00 = 141 m ü. NN Andienungshof: OK ≥ – 5,50 m über ± 0.00 = 141 m ü. NN (entspricht OK ≥ 135,5 m ü. NN)

3. **Bauweise [§ 9 (1) 2 BauGB i. V. m. § 22 BauNVO]**
Für das Hauptgebäude wird ein gestaffelter Baukörper festgesetzt. Dieser gliedert sich in einen A–Bereich und zugeordnete B–Bereiche. In Ergänzung wird dazu Bereich C festgesetzt.

4. **Stellplätze [§ 9 (1) 4 BauGB i. V. m. § 12 BauNVO]**
Oberirdische Stellplätze sind zulässig in den dafür festgesetzten Flächen für Nebenanlagen und auf der nicht überbaubaren Grundstücksfläche, die gemäß Planzeichnung nicht mit einer Flächensignatur belegt ist.

5. **Von der Bebauung freizuhaltende Flächen [§ 9 (1) 10 BauGB] (künftige Straßenbahntrasse)**
Die von der Bebauung freizuhaltenden Flächen mit der Zweckbestimmung "künftige Straßenbahntrasse" sind bis zu ihrer Inanspruchnahme in die Freiflächen– und Wegegestaltung einzubeziehen (vorwiegend als Rasen– und Wiesenfläche), sofern sie nicht durch Überfahrtsbereiche zu den in der Wendeschleife liegenden Stellplätzen überlagert werden.
Ferner ist im Zusammenhang mit der Anlage einer Bushaltestelle im Bereich Russenstraße das Aufstellen eines Unterstandes sowie erforderlicher technischer Einrichtungen innerhalb der gemäss Planzeichnung festgesetzten Vorbehaltsfläche zulässig.

6. **Verkehrsflächen [§ 9 (1) 11 BauGB]**
Die in der Planzeichnung festgesetzten Ein– und Ausfahrten an der Morawitzstraße können entlang der Straßenbegrenzungslinie beidseitig um bis zu 20 m verschoben werden.

7. **Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft [§ 9 (1) 20 BauGB]**

7.1 **Begrenzung der Bodenversiegelung und Verdichtung**

F1 Oberirdische Stellplätze sind mit wasserdurchlässigen Belägen zu versehen [§ 9 (1) 20 BauGB, § 1 (5) 7 BauGB]

F2 Die notwendigen Flächen für Feuerwehrumfahrt und –aufstellplätze nördlich, westlich und südlich des Baukörpers sind mit wasserdurchlässigen Belägen (Schotterrasen, Rasenfugenpflaster) herzustellen und dauerhaft zu begrünen. [§ 9 (1) 20 BauGB, § 1 (5) 7 BauGB]

7.2 **Schutz des Oberbodens**

F3 Der bei Baumaßnahmen anfallende belebte Oberbodenaushub sowie Unterboden ist zu Beginn der Baumaßnahme abzutragen, in nutzbarem Zustand zu erhalten sowie vor Vergeudung und Vernichtung zu schützen. Dieser ist gemäß DIN 18915 zwischenzulagern und auf dem Gelände an geeigneten Stellen wiederzuverwenden. Stark verunreinigte Böden sind abzutragen, zu deponieren und, wenn möglich, zu recyceln.
Kulturfähiger, humoser Oberboden sowie andersartige Stoffe sind nicht dauerhaft mit Boden zu überschütten. Anschüttungen im Zuge der Wiederverwendung des Bodens oder der Rekultivierung von Baustellenflächen sind auf lokale Bodenverhältnisse abzustimmen.
Baubedingte Bodenbelastungen, wie Verdichtung, Erosion und Verunreinigung sind auf ein Mindestmaß zu beschränken und nach Abschluss der Bautätigkeit zu beseitigen [§ 9 (1) 20 BauGB].

8. **Immissionsschutz [§ 9 (1) 23 und 24 BauGB i. V. m. BImSchG]**

8.1 Im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplans ist die Verwendung von festen und flüssigen Brennstoffen zur Raumheizung und für Prozesswärme nicht zulässig. Solche Brennstoffe sind dann zulässig, wenn bei deren Verwendung keine stärkeren Verunreinigungen hinsichtlich der Schadstoffe Schwefeldioxyd, Stickoxyd, Kohlenmonoxyd, Kohlenwasserstoff und Staub auftreten als bei der Verwendung von Erdgas (H).
Ausnahmsweise ist die Verwendung von festen und flüssigen Brennstoffen zulässig, wenn fertigungstechnische Vorgänge nur unter Einsatz dieser Brennstoffe möglich sind [§ 9 (1) 23 BauGB]

8.2 Der Schutz vor Emissionen, die von einer künftigen Straßenbahnlinie ausgehen werden, wird im städtebaulichen Vertrag geregelt [§ 9 (1) 24 BauGB].

9. **Festsetzung von Maßnahmen und Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen [§ 9 (1) 25 BauGB]**

Anpflanzungen im Klinikgarten

F4 Auf mindestens 30 Prozent der festgesetzten Fläche sind zusammenhängende Baum– und Strauchpflanzungen vorzunehmen. Die Baum– und Strauchpflanzungen sind so anzuordnen, dass zum nördlichen Plangebietsrand und zur Freihaltetrasse der Straßenbahn eine Gehölzfläche von mindestens 10 m Breite entsteht. Es sind standortgerechte heimische Gehölze entsprechend Pflanzliste 1 und 2 zu pflanzen. Auf den Pflanzflächen ist mindestens pro 1 Quadratmeter ein Strauch und pro 100 Quadratmeter ein Laubbaum zu pflanzen (Pflanzqualität Bäume: Stammumfang 8 – 14 cm, Sträucher zweimal verpflanzt).
Auf mindestens 25 Prozent der Fläche des Klinikgartens ist eine extensive Obstwiese mit hochstämmigen alten heimischen Obstsorten (Pflanzqualität Stammumfang 8 – 14 cm) anzulegen, wobei pro 100 Quadratmeter ein Baum zu pflanzen ist.
Die verbleibenden Flächen sind als extensive Wiese anzulegen. Auf der Wiesenfläche ist mindestens pro 300 Quadratmeter ein großkroniger Laubbaum gemäß Pflanzliste 1 zu pflanzen (Pflanzqualität: Stammumfang 8 – 14 cm).
Innerhalb der festgesetzten Fläche F4 sind Wege und Flächen mit wasserdurchlässiger Decke zulässig, die maximal 10 Prozent der Fläche beanspruchen dürfen. Spiel– und therapeutische Bewegungsgeräte sind ebenfalls zulässig.

Anpflanzungen zur Eingrünung des Gebäudekomplexes

F5 Die in der Planzeichnung gekennzeichneten Flächen sind zu mindestens 50 Prozent mit einer extensiven Wiesenansaat zu begrünen. Pro 150 Quadratmeter ist ein standortgerechter heimischer Laubbaum entsprechend Pflanzliste 1 zu pflanzen. Auf den verbleibenden Flächen ist Teilversiegelung zulässig.

Anpflanzungen zur Eingrünung des Plangebietes

F6 Auf den in der Planzeichnung gekennzeichneten Flächen sind auf mindestens 15 Prozent Baum– und Strauchpflanzungen entsprechend Pflanzliste 1 und 2 vorzunehmen. Auf den Pflanzflächen für Gehölze ist mindestens pro 1 Quadratmeter ein Strauch und pro 200 Quadratmeter ein Laubbaum zu pflanzen (Pflanzqualität Bäume: Stammumfang 8 – 14 cm, Sträucher: zweimal verpflanzt). Auf der verbleibenden Fläche ist eine extensive Wiese anzulegen. Auf den Wiesenflächen ist mindestens pro 300 Quadratmeter ein Baum entsprechend Pflanzliste 1 zu pflanzen (Pflanzqualität 8 – 14 cm). Teilversiegelung ist maximal auf 5 Prozent der festgesetzten nördlichen Fläche F6 und auf maximal 10 Prozent der südlichen Fläche F6 zulässig.

Begrünung nicht überbauter Flächen im Baufenster

F7 Innerhalb des gemäß Planzeichnung durch Baugrenzen festgesetzten Baufensters B und C sind mindestens 30 Prozent der Fläche von Bebauung freizuhalten. Diese Flächen sind als gestaltete Höfe bzw. Zwischen– und Vorplatzbereiche gärtnerisch anzulegen.

Anpflanzungen auf Flächen für Nebenanlagen, "Stellplätze"

F8 **Baumpflanzungen:**
Pro vier Stellplätze ist mindestens ein großkroniger Laubbaum zu pflanzen. Die mindestens 6 Quadratmeter großen Baumscheiben sind vor Überfahrung zu schützen. Bei Stellplatzreihen ist ein Pflanzstreifen von mindestens 2 m Breite anzulegen. Es sind standortgerechte einheimische Gehölze entsprechend Pflanzliste 1 zu verwenden (Pflanzqualität: Stammumfang 18 – 20 cm). Im Zuge des Straßenbahnbaus notwendig werdende einzelne Baumfällungen sind zulässig.
Baumdach:
Alternativ zu den Baumpflanzungen ist für die Stellplätze St 1 eine Begrünung durch standortgerechte, einheimische Kletterpflanzen an Kletterhilfen zulässig. Dabei sind pro vier Stellplätze Kletterpflanzen auf begrünten Pflanzflächen von mindestens 6 Quadratmetern zu pflanzen.
Hecken:
Der nördliche und östliche Rand der Stellplatzfläche St 1 ist mit einer mindestens 2 m breiten Hecke einzugrünen. Ebenfalls ist der südliche Rand (parallel zur Russenstraße) der Stellplatzfläche St 2 mit einer mindestens 2 m breiten Hecke einzugrünen. Die Hecken sind mit Gehölzen entsprechend Pflanzliste 2 (Pflanzqualität: Sträucher zweimal verpflanzt) zu pflanzen.

Anpflanzung einer Baumreihe

F9 Im Abstand von ca. 2,0 m zur östlichen Plangebietsgrenze ist entlang der Morawitzstraße im Einzelabstand von 10 m eine Lindenbaumreihe (Pflanzqualität: 20 – 25 cm Stammumfang) mit standörtlichem Bezug zur bereits auf der Ostseite der Morawitzstraße vorhandenen Baumreihe zu pflanzen. Abweichungen sind in Abhängigkeit von der Lage der Klinikzufahrten und Stellplatzzufahrten zulässig. Die mindestens 6 m^2 großen Baumscheiben sind vor Überfahrung zu schützen.

Anpflanzungen im Eingangsbereich

F10 Die durch Flächensignatur nicht gekennzeichnete, nicht überbaubare Grundstücksfläche zwischen den festgesetzten Baufenstern A, B und C und der Morawitzstraße ist zu mindestens 50 Prozent zu begrünen. Mindestens pro 150 Quadratmeter ist ein Baum entsprechend Pflanzliste 1 (Pflanzqualität: Bäume: Stammumfang 8 – 14 cm) zu pflanzen. Bei Strauch und Gehölzpflanzungen sind standortgerechte, heimische Gehölze der Pflanzliste 2 und 3 zu pflanzen (Pflanzqualität: Sträucher: 2 mal verpflanzt). Innerhalb der begrünten Flächen sind naturnah gestaltete offene Mulden sowie Becken zur Verzögerung, Verdunstung und Ableitung des Oberflächenwassers zulässig. Mulden sind mit Arten entsprechend Pflanzliste 3 zu begrünen. Ein Überlauf ist an das örtliche Entwässerungssystem anzuschließen.

Fassadenbegrünung

F11 Außenfassaden ohne Öffnungen mit einer Fläche von mehr als 80 Quadratmetern sind mit standortgerechten, heimischen Klettergehölzen entsprechend Pflanzliste 5 zu begrünen.

Dachbegrünung

F12 Mindestens 10 Prozent der Dachfläche innerhalb der Baufenster A und B und mindestens 70 Prozent der Dachfläche des Baufensters C sind mit einer extensiven Dachbegrünung mit Pflanzen entsprechend Pflanzliste 4 auf einer Substratschicht von mindestens 5 cm zu begrünen.

II. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

1. **Fassadengestaltung**
Die Gestaltung der äußeren Erscheinung des Baukomplexes hat Bezug zu nehmen auf den benachbarten Baukomplex der Suchtklinik. In Farb– und Materialauswahl kann jedoch ein eigenständiges Konzept umgesetzt werden.

2. **Dachformen [§ 83 SächsBO]**
Im Baufenster A ist als Dachform ausnahmsweise eine Kuppel– oder Kegelkonstruktion zulässig.

3. **Werbeanlagen [§ 83 SächsBO]**
Für die nach § 63 (1) SächsBO genehmigungsfreien Werbeanlagen ist die Verwendung von Leuchtschrift jeder Art nicht zugelassen. Andere Werbeanlagen als die im § 63 (1) SächsBO bezeichneten sind unzulässig.

4. **Einfriedungen und Mauern [§ 83 SächsBO]**
Bauliche Grundstückseingrenzungen sind grundsätzlich nicht zulässig.

III. Sonstige Hinweise

1. **Schutz des Grundwassers**
Wenn aufgrund der Tiefe des Eingriffs Grundwasser freigelegt wird, ist dies der unteren Wasserschutzbehörde rechtzeitig anzuzeigen. Eine Ableitung von Grundwasser ist höchstens kurzfristig, für die Dauer der Bauzeit, zulässig.

2. **Hinweise zum Schutz von archäologischen Funden (nachrichtliche Übernahme gemäß § 9 (6) BauGB)**
Der Beginn der Erdarbeiten ist vier Wochen vorher der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt für Denkmalschutz mitzuteilen. Baubegleitende archäologische Untersuchungen sind zu ermöglichen.
Die bauausführenden Betriebe sind auf die Einhaltung der gesetzlichen Meldepflicht im Fall unerwartet freigelegter archäologischer Funde oder Befunde hinzuweisen.
Befunde mit den Merkmalen eines Kulturdenkmals sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige unverändert zu lassen. Eine wissenschaftliche Untersuchung ist zu ermöglichen.

VERFAHRENSVERMERKE

Satzung über einen Bebauungsplan der Stadt Leipzig
Bebauungsplan Nr. 12.3

Präambel
Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig hat den Bebauungsplan Nr. 12.3, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, als Satzung beschlossen. Die Rechtsgrundlagen hierfür sind § 1 Abs. 3 und § 10 Abs. 1 i. V. m. § 233 Abs. 1 des BauGB in der Neufassung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141), in Verbindung mit § 4 der SächsGemO in der Neufassung vom 14.Juni1999 (SächsGVBl.S.345), geändert durch Gesetz vom 24.November2000 (SächsGVBl.S.482), und § 83 der SächsBO in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.März1999 (SächsGVBl.S.85), geändert durch Gesetz vom 14.Dezember2000 (SächsGVBl.S.513).

Der Bebauungsplan Nr. 12.3 wird hiermit ausgefertigt.

Leipzig, den 17.6.02 (Siegel) Der Oberbürgermeister

Stadt Leipzig – Der Oberbürgermeister

Planunterlage
Die Übereinstimmung der Darstellung der bestehenden Grundstücke und Gebäude mit dem Vermessungswerk Stand vom 06.10.2000 wird bestätigt.

Leipzig, den 30.04.02 (Siegel) Städtisches Vermessungsamt Amtsleiter

Stadt Leipzig 41

Aufstellungsbeschluss
Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Leipzig hat in ihrer Sitzung am 12.12.1990 die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen.
Die ortsübliche Bekanntmachung ist in der Leipziger Volkszeitung vom 06.03.1991 erfolgt (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Leipzig, den 14 MAI 2002 (Siegel) Stadtplanungsamt Amtsleiter

Stadt Leipzig 61

Frühzeitige Bürgerbeteiligung
Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach §3 Abs. 1 Satz1 BauGB ist vom 18.10.1999 bis 01.11.1999 durchgeführt worden.

Leipzig, den 14 MAI 2002 (Siegel) Stadtplanungsamt Amtsleiter

Stadt Leipzig 61

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 16.09.1999 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden (§ 4 BauGB).

Leipzig, den 14 MAI 2002 (Siegel) Stadtplanungsamt Amtsleiter

Stadt Leipzig 61

Billigungs– und Auslegungsbeschluss
Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig hat in der Sitzung am 15.03.2000 dem Entwurf des Bebauungsplanes sowie der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden ortsüblich im Leipziger Amts–Blatt Nr. 7/00 vom 01.04.2000 bekannt gemacht.
Der Entwurf und die Begründung des Bebauungsplanes haben vom 11.04.2000 bis 10.05.2000 öffentlich ausgelegen.

Leipzig, den 14 MAI 2002 (Siegel) Stadtplanungsamt Amtsleiter

Stadt Leipzig 61

Satzungsbeschluss
Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Anregungen in der Sitzung am 24.04.02 als Satzung beschlossen sowie der Begründung zugestimmt (§ 3 Abs. 2; § 10 Abs. 1 BauGB)

Leipzig, den 14 MAI 2002 (Siegel) Stadtplanungsamt Amtsleiter

Stadt Leipzig 61

Inkrafttreten
Die ortsübliche Bekanntmachung des Bebauungsplanes gemäss § 10 Abs. 3 BauGB erfolgte im Leipziger Amts–Blatt Nr. 13 am 29.06.2002. Mit diesem Tag ist der Bebauungsplan rechtsverbindlich geworden.

Leipzig, den 15. JUL. 2002 (Siegel) Stadtplanungsamt Amtsleiter

Stadt Leipzig 61

Verletzung von Verfahrens– und Formvorschriften
Innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens– und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden (§ 215 Abs. 1 Nr. BauGB).

Leipzig, den (Siegel) Stadtplanungsamt Amtsleiter

Mängel der Abwägung
Innerhalb von sieben Jahren nach Bekanntmachung des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden (§ 215 Abs. 1 Nr. 2 BauGB).

Leipzig, den (Siegel) Stadtplanungsamt Amtsleiter

Hinweise
Für diesen Bebauungsplan gelten:
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 3 des Investitionserleichterungs– und Wohnbaulandgesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
- die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 – PlanzV90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58).
- die Pflanzliste, die als Anhang der Begründung beigefügt ist.

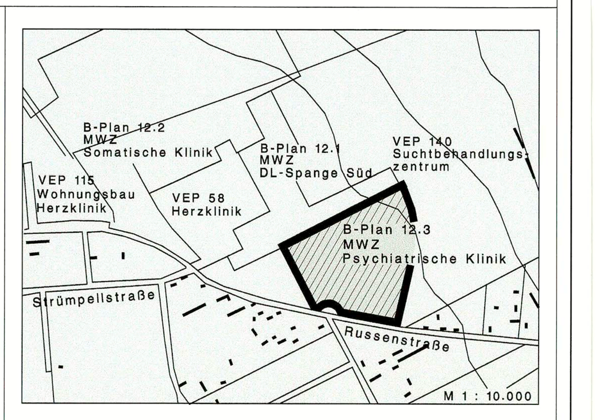
ORIGINAL

STADT LEIPZIG
DER OBERBÜRGERMEISTER

Bebauungsplan Nr. 12.3
MWZ Leipzig - Psychiatrische Klinik

Stadtbezirk:	Südost
Ortsteil:	Probstheida
Maßstab:	1 : 1000 (im Original)

Übersichtskarte: Umgebung des Bebauungsplangebietes und anschließende Bebauungspläne (soweit vorhanden)



Planverfasser:

ICL INGENIEUR CONSULT

Planfassung gemäß:

§ 3(1) BauGB	§ 4 BauGB	§ 3(2) BauGB	§ 3(3) BauGB	§ 10(1) BauGB	§ 10(3) BauGB
Datum/Unterschrift	Datum/Unterschrift	Datum/Unterschrift	Datum/Unterschrift	23. APR. 2002 Datum/Unterschrift	15. JUL. 2002 Datum/Unterschrift